



Lion Edler: Warum wir den Medien misstrauen



In seiner aktuellen Ausgabe wendet sich der „Spiegel“ unter der Überschrift „Die Vertrauensfrage“ an die Leser. Das Verhältnis zwischen der Presse und ihren Lesern „scheint gestört“, heißt es da. Viele Deutsche würden den Medien misstrauen, Manche hegen sogar Hass gegen Journalisten. In Bezug auf die Vertrauenskrise fragt der „Spiegel“ deshalb: „Wie konnte es so weit kommen?“ Nun, bei der Beantwortung dieser Frage will ich gerne behilflich sein. Gerne erläutere ich den verwunderten „Spiegel“-Machern, warum viele Medienkonsumenten einem erheblichen Teil der Leitmedien vorwerfen, linkslastig zu manipulieren, regelrechte Propaganda zu betreiben und unerwünschte Meinungen zu stigmatisieren – Vorwürfe, die der „Spiegel“ in seinem aktuellen Artikel als völlig unbegründet abtut.

(Von Lion Edler)

Die offenkundigen Ursachen für die Vertrauenskrise kann man schon auf dem „Spiegel“-Titelbild der vorletzten Ausgabe erkennen. Die AfD-Parteivorsitzende, Frauke Petry, wird dort über der Schlagzeile „Die Hassprediger“ abgebildet und in einer Fotomontage vor der Kulisse eines NS-Reichsparteitags gezeigt. Die mediale Vertrauenskrise könnte aber auch damit zu tun haben, dass ein „Spiegel“-Interviewer in der aktuellen Ausgabe den Grünen-Politiker Boris Palmer mit der NPD vergleicht, nur weil dieser meinte, dass man die Asylpolitik für die „große Mehrheit im Land“ machen müsse. Diese Mehrheit wolle nun mal keine Veränderung ihrer Lebensverhältnisse, argumentierte Palmer, woraufhin der „Spiegel“-Journalist allen Ernstes repliziert: „Das klingt wie ‚Unser Volk zuerst‘, ein NPD-Slogan.“

Die Vertrauenskrise könnte aber auch damit zu tun haben, dass der SVP-Politiker Roger Köppel in der aktuellen Ausgabe des „Spiegel“ mit dem primitiven linken Kampfbegriff des „Rechtspopulismus“ belegt wird. Natürlich heißt es in Berichten über die Linkspartei oder die Grünen niemals „die linkspopulistischen Grünen forderten...“. Derartige Stigmabegriffe, die den Leser schon im Vorfeld in die gewünschte ideologische Bahn lenken sollen, findet man im „Spiegel“ nur in Berichten über „rechtspopulistische“ Parteien. Die Trennung zwischen Bericht und Kommentar, die man sonst so gerne als Monstranz vor sich herträgt, spielt bei der Berichterstattung über AfD, SVP und Co keine Rolle mehr.

Die Ursachen für die Vertrauenskrise finden sich weiterhin schon in dem „Spiegel“-Artikel, der dieser Vertrauenskrise auf den Grund gehen will. Schon bei der Bebilderung auf den ersten Seiten des Artikels wird die Anja-Reschke-Methode angewandt: Unter der Überschrift „Pressehetze aus sozialen Netzwerken“ wird alles in einen Topf geworfen. Harte, aber legitime Kritik an den Medien („Alles nur Lügenblätter“, „Wahrheitsgehalt eurer Artikel im 1stelligen Prozentbereich“) wird in eine

Reihe mit Entgleisungen („Abschaum“) und Drohungen („Euch kriegen wir auch noch! Redaktionsnamen, Angehörige und Familie“) gestellt. So wird schon zu Beginn des Artikels klargestellt, in welche Ecke jene Personen gehören, die sich in ihrer Medienkritik nicht so akademisch-differenziert und ausgewogen auszudrücken wissen: Wer von „Lügenblättern“ spricht oder „gleichgeschaltete Propaganda“ kritisiert, der wird bereits in einen Topf mit Gewaltdrohungen und wüsten Pöbeleien gesteckt.

(Fortsetzung auf lionsdschungel.wordpress.com)



Von wem wird die FAZ geschmiert?



Kein Tag vergeht, ohne dass FAZke Klaus-Dieter Frankenberger nicht gegen Russland und Putin stänkern und die USA loben darf. Da kann doch etwas nicht stimmen? Von wem kriegt die FAZ

eigentlich Schmiergeld? Von der Atlantikbrücke? Vom CIA? Von Obama? Das ist doch nicht mehr normal. Ein Blatt, das sich selber zur Qualitätspresse zählt, hetzt täglich gegen Russland! Dümmer geht nimmer!

Der Westen sollte als erstes begreifen, dass er nicht allein ist auf dieser Welt. Weder wirtschaftlich und politisch noch mit bestimmten seiner „Werte“, die jetzt als das Maß aller Dinge gelten, die aber noch bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts in den westlichen Gesellschaften selbst ein absolutes „no go“ waren. Natürlich hat dieser Westen, geführt von den USA, die Konfrontation mit Russland gesucht, sonst hätte er die NATO nicht bis an die russische Grenze ausgedehnt und auch nicht den Umsturz in der Ukraine aktiv befördert. Die Welt braucht, bei allen Gegensätzen, ein neues Zeitalter der Entspannung und der Nichteinmischung. Vielleicht bringen uns Sanders oder Trump auf diesen Weg, an einem Russland, dessen Interessen respektiert und berücksichtigt werden, wird dies sicher nicht scheitern.

Solche Kommentare, so sie denn überhaupt freigeschaltet werden, kriegen die höchsten Zustimmungsraten als Antwort auf Frankenbergers ideologischen Quatsch! Für wie doof hält eigentlich die FAZ ihre Leser? Die sind der Redaktion weit voraus!



Propaganda-Werbung wie im Dritten Reich

☒ Sehr geehrte Damen und Herren, es war wohl zuletzt im sogenannten Dritten Reich, als in unserem Land Produktwerbung mit Propaganda für die herrschende politische Klasse vermischt wurde. Diese politische Einflussnahme der Werbebranche geschah gesteuert und gesetzlich verordnet zunächst durch die Gründung der Nationalsozialistischen Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute (NSRDW) im Juni 1933 und dann durch das Gesetz über Wirtschaftswerbung vom 12. September 1933.

(Offener Brief von Walter O. an die Bettenfirma Bauernfeind)

Ein „Goldpfeil“-Inserat für eine Ledertasche wird im Jahre 1944 so beworben: „Gefällt sie Ihnen? Auch im fünften Kriegsjahr beweist Deutschland durch sein kultiviertes Modeschaffen und die friedensmäßige Ausführung seiner schönen Handtaschenmodelle die Unbesiegbarkeit der deutschen Leistung.“ *(Zeit Online vom 4.12.1981, Fritz J, Raddatz: „Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit im Dritten Reich: Coca Cola unterm Hakenkreuz“)*

Und die Firma AEG bewarb mit dem Slogan „Im Gleichschritt mit unserer Zeit“ zusammen mit einer Skizze von im Gleichschritt laufenden Menschen ihre Rundfunkgeräte, über die dann die schlimmsten Beschimpfungen von Andersdenkenden über den Äther liefen. *(Radio-Museum Linsengericht e.V., Rundfunk im Dritten Reich)*

Heute sollte es deshalb einem Deutschen nur eiskalt den Rücken hinunterlaufen und großen Ekel bei ihm erzeugen, wenn Unternehmen sich nicht vor einer Verflechtungen von politischer Meinungsbildung oder gar Propaganda und Wirtschaftswerbung scheuen.

Es ist einfach schrecklich, Ihre Werbung vor dem Hintergrund

unserer leidvollen Geschichte lesen zu müssen.

Wollen Sie mit Ihrer Werbung dazu beitragen, dass sich Ihre Kunden auch im Gleichschritt mit unserer Zeit und den herrschenden politischen Eliten bewegen? Oder wollen Sie sich nur zur Optimierung Ihrer Werbung kostenlos an die meinungsbildenden Medien hängen, die unisono gegen die AfD und PEGIDA wettern?

Beide nehmen lediglich ihre demokratischen Rechte wahr, und zwar so, wie sie es in der Schule oder nach der Wende von den BRD-Politprofis gelernt haben.

Und sie haben schon vor über einem Jahr in friedlichen Kundgebungen vor dem gewarnt, was heute politische und gesellschaftliche Realität geworden ist.

Ich bin weder Mitglied der AfD noch ein aktiver PEGIDA-Anhänger, aber ich habe mir ein sensibles demokratisches Gewissen bewahrt.

Es ist doch nicht nur die PEGIDA und die AfD die heute den Kopf über die deutsche Innen- und Außenpolitik schütteln – die ganze Welt schaut entsetzt auf Deutschland und insbesondere die, die im Osten Europas zuerst unter den Nazis und dann unter den Kommunisten schmerzhaft erfahren haben, was verbohrt Ideologie anrichtet; diese Völker wollen sich nicht schon wieder vorschreiben lassen, wie sie zu leben haben und mit wem sie ihr Brot teilen sollen.

Wie viele Menschen sprechen wohl heute – trotz „Wir schaffen das“ und „Deutschland hat schon so viele große Herausforderungen gemeistert“ – aus: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“?

Ich meine, wer Ihre Werbung liest, kann auch in „Bauernfeind-Betten“ nicht zur Ruhe finden!

Insbesondere dann nicht, wenn er an die jungen Mädchen und

Frauen denkt, die sich in Köln, Hamburg, Düsseldorf, Berlin, Paris, Kabul, Bagdad, Teheran und ... in ihren Betten hin und her wälzen oder im Schlaf aufschreien, weil unverschämte Hände nach ihnen greifen?

In der Hoffnung, dass Sie über Ihre Vermischung von Politik und Werbung vorurteilsfrei nachdenken verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Walter O.

(Anm. PI: Das Original war mit vollem Namen unterschrieben)

Inzwischen hat sich auch die Firma Bauernfeind zu den Vorwürfen zu Wort gemeldet und distanziert sich von der eigenen Anzeige:

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Anzeige mit dem Nazi-Vergleich war eine frühere Entwurfskopie, deren Kopfzeilen bereits beim Entwurf wieder gelöscht wurden.

Wie diese Anzeige in das Blatt gekommen ist, ist noch nicht nachvollziehbar, war aber keinesfalls beabsichtigt.

Wir haben heute bereits mit Regional Aktuell Kontakt aufgenommen, um der Ursache auf den Grund zu gehen.

Wir möchten uns dafür natürlich entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Bauernfeind

Es bleibt jedem selbst überlassen, den Inhalt des Schreibens als glaubwürdig zu erachten.

Video: PEGIDA-Dresden vom 15. Februar

„Gemeinsam für die Zukunft“ heißt es heute Abend ab 18.30 Uhr am Dresdner Neumarkt an der Frauenkirche. Und von uns gibt es in erster Linie wieder die Aufforderung hinzugehen, oder zu einer PEGIDA in Ihrer Nähe. Derzeit wird gehetzt und gezeifert was das Zeug hält, gegen PEGIDA, die AfD und überhaupt jeden, der es wagt öffentlich „nein“ zu sagen. Nein, zu einem Untergangssystem, das Bürgerrechte zunehmend zu beschneiden droht und vor allem eifrig daran arbeitet Angst zu verbreiten. Zensur in sozialen Netzwerken, verbunden mit Drohgebärden seitens Behörden und Arbeitgebern. So etabliert man eine Nation der Kuschler und verängstigten Dulder einer linksfaschistischen Meinungs- und Gesinnungsdiktatur. Das darf nicht die Zukunft sein. PI wird, wie gewohnt, via Livestream mit dabei sein. Auf epochtimes.de gibt es den Liveticker dazu.



Boris Palmer, geläuterter

Grüner oder Taktiker?



Wer die jüngsten Äußerungen anlässlich eines ausführlichen Spiegel-Interviews des amtierenden Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer (Foto) verfolgte, der glaubte zunächst seinen Augen und Ohren nicht zu trauen. So konnte man staunend seiner Einschätzungen hinsichtlich der Flüchtlingskrise gewahr werden, die man eigentlich eher am anderen Ende des politischen Koordinatensystems vermutet hätte. Hatte der smarte Palmer doch noch vor wenigen Wochen seine Tübinger Bürger mit kruden „Enteignungs-Phantasien“ erschreckt, so muten die neuerlichen Äußerungen des OBs gänzlich anders an. Er spricht ganz offen von „Ponyhof-Politik“ der Merkel-Regierung und fordert Grenzzäune mit bewaffneter Sicherung.

(Von cantalooop)

Die FAZ schreibt:

Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, will einen härteren Kurs in der Flüchtlingspolitik. „Es sind nicht die Zeiten für Pippi-Langstrumpf oder Ponyhof-Politik“, sagte Palmer dem „Spiegel“. Deutschland müsse die unkontrollierte Einwanderung beenden. Dies bedeute nicht, dass niemanden mehr hereinlassen werde, sondern es werde entschieden, wer hereinkomme. Die EU-Außengrenzen sollen nach dem Willen Palmers mit einem Zaun und europäischen Grenzschützern gesichert werden.

Bekanntermaßen ticken die (grünen) Uhren im beschaulichen Tübingen sicherlich deutlich konservativer, als im schrillen Berlin – nichtsdestotrotz reibt man sich verwundert die Augen, ob der neuerlichen Einlassungen des als hochintelligent geltenden Palmers, dessen Vater schon als politisch sehr unbequemer „Remstal-Rebell“ für reichlich Furore im doch eher drögen Baden-Württemberg gesorgt hatte. Der junge Boris begleitete seinen als Provokateur bekannten Papa wohl auch sehr oft auf dessen „Aktionen“ – und hat sich dabei mit Sicherheit die eine oder andere Taktik „abgeschaut“.

Ist diese gereifte Erkenntnis hinsichtlich des nicht versiegenden Flüchtlings-Stromes nun der Vernunft und Einsicht des Bürgermeisters geschuldet – oder verbirgt sich dahinter doch nur ein raffiniertes Wahlkampfmanöver, um die komfortable Prognose von knapp 30 Prozent für die Grünen im Ländle zu stabilisieren?

Gegenwind aus den Reihen der eigenen Partei ist dem studierten Mathematiker ja grundsätzlich nicht fremd, doch so heftige Attacken wie die der als besonders giftig geltenden Co-Vorsitzenden Simone Peters, deren radikale Linksaußen-Positionen doch noch den einen oder anderen Baden-Württemberger zuverlässig davon abhielten sein Wahlkreuz bei den Bündnisgrünen zu setzen, sind auch für den stets mit markant-männlichem 3-Tage Bart auftretenden, ehemaligen Walddorfschüler Palmer ungewohnt.

Man darf gespannt sein, wie die weitere (Karriere-) Entwicklung des bürgernahen und äußerst beliebten Lokalpolitikers verläuft. Ob es denn wirklich sein Ziel ist, den gesunden Menschenverstand wieder zum tragenden Element grüner Kommunalpolitik zu machen oder ob es sich nur wieder um den berühmten grünen „Theaterdonner“ vor einer Schicksalswahl handelt. Es darf spekuliert werden...



Nicolaus Fest: Zur Hysterisierung des Landes

☒ [...] Während die SA-artigen Auftritte von Linksautonomen in Berlin, Leipzig und Hamburg kaum des Kommentars würdig sind, übertreffen sich die Medien seit Wochen in immer steileren Thesen. Volker Zastrow bezeichnet in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) die AfD als „völkische Bewegung“, als würde die Partei ernsthaft die rassistische Abgrenzung früherer Jahrhunderte leben; solche Etikettierungen nannte man in besseren Tagen Denunziation. Wenige Ausgaben später darf eine beunruhigend unbegabte Anwältin über die angeblich rechte Unterwanderung der Kirchen durch mal „radikale“, mal „konservative“, in jedem Fall „auf Abwege geratene“ Christen berichten.

Das ist ihr zufolge jeder, der Abtreibungen oder die völlige Gleichstellung von Homo- und Heteroehe ablehnt und auch nicht bereit ist, im Geschlecht ein lediglich soziales Konstrukt zu sehen. Wer dem Gendertum nicht folgt, wer den christlichen Lebensschutz ernst nimmt, „bedient rechtspopulistische Feindbilder“. *(Den ganzen Beitrag lesen auf nicolaus-fest.de.)*

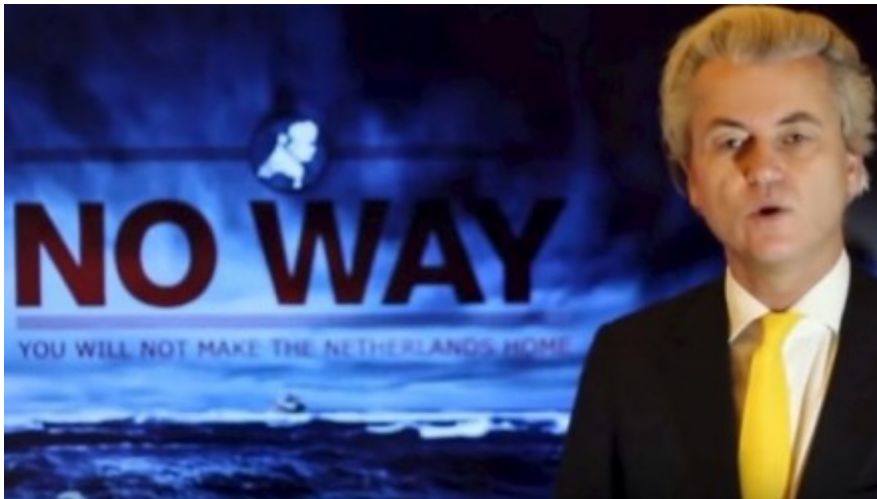


Video: Marco D'Aviano – der Retter Wiens

Hier ein kurzweiliger Vortrag von Martin Sellner von der Identitären Bewegung Österreich über Marco D'Aviano, einem italienischen Mönch, der bei der Besiegung der Türken vor Wien im Jahre 1683 eine entscheidende Rolle zugeschrieben wird.



Geert Wilders: Die islamische Immigration zu stoppen ist eine Frage des Überlebens



Vergangenes Jahr im

April veröffentlichte das angesehene überparteiliche Pew Research Center (Pew Forschungszentrum) eine Studie zur Zukunft der Weltreligionen. Das Ergebnis war verheerend. Die Studie stellt fest, dass der Islam im Jahr 2050 mit dem Christentum zahlenmäßig gleichziehen wird, falls sich der gegenwärtige Trend fortsetzt. Während davon ausgegangen wird, dass sich die Weltbevölkerung bis zur Mitte dieses Jahrhunderts um 35% vermehren wird, wird der Islam um erstaunliche 73% wachsen.

(Von Geert Wilders, im Original erschienen auf breitbart.com)

Die Konsequenzen dieses voraussichtlichen islamischen Wachstums sind furchterregend. Denn der Islam ist keine Religion wie das Christentum, sondern gleicht vielmehr einer totalitären politischen Ideologie. Sein Ziel ist in erster Linie politischer Natur. Der Islam möchte die ganze Welt beherrschen. Er zielt darauf ab, einen weltweiten islamischen Staat zu errichten und jeden Menschen, einschließlich der „Ungläubigen“, zu denen Christen, Juden, Atheisten und andere gezählt werden, dem Scharia Gesetz zu unterwerfen. Dieses ist das barbarische islamische Gesetz, das Nicht-Muslime aller Rechte beraubt, das Frauen als minderwertige Wesen behandelt, das Apostaten und Islamkritiker zum Tod verurteilt, und das Terror billigt. Mehr Islam bedeutet mehr Gewalt, mehr Intoleranz, mehr Terror.

Mit dem Wachstum des Islam wird die Welt zu einem weniger

sicheren Ort werden. Und das gilt auch für Amerika. Der Pew Studie zufolge wird in den Vereinigten Staaten die Zahl der Christen von gegenwärtig mehr als drei Vierteln der Bevölkerung auf zwei Drittel im Jahr 2050 sinken, während der Islam sich zahlenmäßig mehr als verdoppelt und das Judentum als Amerikas größten nicht-christlichen Glauben ersetzt.

Die Folgen der islamischen Anwesenheit in Amerika sind bereits bei verschiedenen mörderischen Angriffen sichtbar geworden, wie im vergangenen Dezember bei der San Bernardino Schießerei, aber auch beim Bombenattentat auf das Boston Marathon im Jahr 2013, bei dem Attentat in Fort Hood 2009, bei den Terrorangriffen vom 9. September 2001 und bei verschiedenen anderen Terrorangriffen. Wenn sich der Islam zahlenmäßig verdoppeln wird, dann wird auch die Terrorbedrohung weiter zunehmen.

In der Vergangenheit wurden die totalitären Ideologien der Nazis und der Kommunisten durch die gemeinsamen Anstrengungen Amerikas und Europas besiegt. Ohne Amerika wäre Europa verloren gewesen. Aber ohne Europa wäre Amerika wiederum isoliert dagestanden. Wenn Europa entweder dem Nationalsozialismus oder dem Kommunismus anheim gefallen wäre, dann wäre das nächste Opfer zweifellos Amerika gewesen. Die transatlantische Allianz zwischen den Amerikanern und den Europäern war der Schlüssel für das Überleben unserer gemeinsamen westlichen Zivilisation. Diese Allianz ist heute gefährdet, weil je islamischer Europa wird, umso geringer ist seine Zuverlässigkeit als Verbündeter Amerikas.

Obgleich der prognostizierte zukünftige Aufstieg des Islam in den Vereinigten Staaten besorgniserregend ist, ist die Situation in Europa weitaus schlimmer. Die Daten der Pew Studie zeigen, dass der Islam auf dem europäischen Kontinent bereits erheblich Fuß gefasst hat und rapide wächst. Europas islamische Bevölkerung, gestärkt durch hohe Geburtsraten und Immigration, wird sich nahezu verdoppeln, von 43 Millionen Menschen im Jahr 2010 auf 71 Millionen Menschen im Jahr 2050.

In den Niederlanden ist Mohammed schon jetzt der zweitbeliebteste Name für die neugeborenen Jungen landesweit, und in unseren drei größten Städten, Amsterdam, Rotterdam und Den Hague, ist es der beliebteste Name. Das ist ebenso der Fall in der belgischen Hauptstadt Brüssel, der norwegischen Hauptstadt Oslo und der britischen Hauptstadt London. Tatsächlich ist Mohammed in ganz Großbritannien der beliebteste Name für neugeborene Jungen.

Die Islamisierung Europas wird die europäische Politik grundlegend beeinflussen. Das Gewinnen islamischer Wählerstimmen wird das Ziel von immer mehr europäischen Politikern werden. Als Folge wird die Politik Europas sogar noch weniger freundlich gegenüber Israel und den Vereinigten Staaten sein, als sie bereits ist. Die atlantische Allianz ist in Gefahr.

Die islamischen Stimmen haben bereits mindestens eine große europäische Wahl entschieden: die französischen Präsidentschaftswahlen 2012. Diese gewann der Sozialist Francois Hollande gegen den Amtsinhaber Nicolas Sarkozy mit nur 1,1 Millionen Stimmen Vorsprung. Da man schätzt, dass 2 Millionen islamische Stimmen an der Wahl teilnahmen, von denen 93% – 1.7 Millionen Stimmen – an Hollande gingen, und nur 7% an Sarkozy, waren es die islamischen Wählerstimmen, die Francois Hollande den Elysée Palast erringen ließen.

Der Pew Studie zufolge verursachen mehrere Faktoren das Wachstum des Islam in Europa, unter anderem das geringe Alter der islamischen Bevölkerung. Jedoch gilt, dass mehr als die Hälfte des Wachstums auf die Immigration zurückgeführt werden kann. Mit anderen Worten, der Stopp aller Immigration aus islamischen Ländern würde das Wachstum des Islam in Europa mindern, was auch für Amerika gilt, und zwar um mehr als die Hälfte. Der leichteste Weg das Wachstum des Islam im Westen zu begrenzen, wäre, die islamische Immigration anzuhalten.

Der Islam ist eine existentielle Bedrohung unserer westlichen

Freiheiten und unserer jüdisch-christlichen Zivilisation. Er bedroht auch die atlantische Partnerschaft zwischen Amerika und Westeuropa. Es ist unsere Pflicht diese Bedrohung zu begrenzen. Es ist unsere Aufgabe als Patrioten, unsere Nationen zu beschützen. Der erste Schritt, den wir gehen müssen, um den Islam zu stoppen, um die Terrorgefahr zu verringern, und um unsere Zivilisation zu retten, besteht darin, jegliche Immigration aus islamischen Ländern zu stoppen. Das ist eine Frage des Überlebens.

(Übersetzung: Renate S.)



Gastfreundschaft wird Essener zum Verhängnis



Seine Gastfreundschaft ist einem 21-jährigen Rüttenscheider zum Verhängnis geworden: Am späten Abend des

27. Januar hatte er auf dem Rückweg von Köln im Regionalexpress 1 zwei Männer kennengelernt. Während der Fahrt verabredeten die drei, in der Wohnung des Esseners auf der Rüttenscheider Straße noch etwas zu trinken. Dort angekommen zog ein Täter nach kurzer Zeit einen Schlagstock aus der Tasche und bedrohte den Wohnungsinhaber. Er verlangte die Herausgabe der EC-Karte samt PIN. Nachdem der junge Mann der Forderung nachgegeben war, verließ einer der mutmaßlichen Räuber die Wohnung. Sein Komplize hielt das Opfer währenddessen mit einem Messer in Schach. Nach einigen Minuten kehrte der Mann zurück und verließ gemeinsam mit seinem Komplizen die Wohnung. *(Foto oben: Einer der beiden Räuber mit südländischem Aussehen – die ganze Story hier)*

20 Millionen „Flüchtlinge“ wollen nach Europa

Weltweit konnten im letzten Jahr die Menschen aus den ärmeren Ländern an ihren Fernsehbildschirmen beobachten, wie täglich Tausende „Flüchtlinge“ nach Europa strömten und ihnen bei der Einreise und Integration sogar noch geholfen wurde. Wer weiß nun, bei wie vielen dieser Menschen im letzten Sommer der Entschluß gereift ist, es nächstes Jahr auch zu versuchen? Niemand kann dies genau einschätzen, aber die Prognosen sind erschreckend. Der Politikwissenschaftler Winfried Veit warnte im November 2015 vor einem „Jahrzehnt der Massenmigration“. Es spiele dabei eine untergeordnete Rolle, ob die Menschen aus Diktaturen oder formalen Demokratien kämen. Denn: „Die meisten Migranten sind keine politischen Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsflüchtlinge“, so Veit.

Woher könnten diese nun kommen? Allein in Ägypten suchen

derzeit bis zu fünf Millionen Migranten aus Schwarzafrika nach einer neuen Perspektive. Viele von ihnen könnten nach Europa weiterziehen.

Aus Afghanistan dürften pro Monat bis zu 100.000 Menschen nach Europa aufbrechen. Dort gibt es zudem ca. 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge, von denen viele mit dem Gedanken spielen könnten auszuwandern.

Die zwei Millionen Flüchtlinge in der Türkei, die eine Million im Libanon sowie die 630.000 Syrer, die derzeit noch in Jordanien leben, werden nur in diesen Ländern bleiben, wenn sich dort ihre Situation entscheidend verbessert. Das heißt: Ohne ausreichend Nahrung, Bildungs- und Arbeitsmarkt-Chancen gibt es keinen Grund, in den an Syrien angrenzenden Flüchtlingslagern zu bleiben. Es gibt für die Menschen dann zwei Alternativen: Auf nach Europa oder wieder rein in den syrischen Bürgerkrieg, um dort irgendeiner Kriegspartei zu helfen.

Pakistan kündigte unlängst das Rückübernahmeabkommen mit den EU-Staaten. De facto heißt dies, daß abgelehnte Asylbewerber nicht mehr abgeschoben werden können und sich dadurch ihre Bleibechancen enorm erhöht haben. Da in Pakistan 2,3 Millionen Binnenflüchtlinge leben, ist die Wahrscheinlichkeit einer Auswanderungswelle zudem äußerst groß.

In Libyen sitzen ca. eine Million Flüchtlinge aus Syrien, Somalia, Eritrea und anderen afrikanischen Staaten fest. 700.000 Libyer dagegen leben in Tunesien von ihren Ersparnissen. Inzwischen hat Tunesien allerdings eine 200 Kilometer lange Grenzanlage zu Libyen eingerichtet, um sich vor Terroristen zu schützen. Diese Maßnahme könnte auch Migrationsbewegungen beeinflussen. Umso schwieriger es ist, in Nordafrika zu migrieren, umso wahrscheinlicher sind Fluchtversuche nach Europa. Alaya Allani, Professor für Zeitgeschichte in Tunis, geht davon aus, daß die Zahl der afrikanischen Migranten nach Europa weiter stark ansteigen

werde.

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland aus Marokko und Algerien hatte sich zuletzt innerhalb eines halben Jahres vervielfacht. Trotzdem ist die Gesamtzahl der Asylbewerber weiterhin verhältnismäßig gering. In Marokko liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 Prozent, allerdings ist die direkte Einreise nach Europa über Spanien aufgrund einer funktionierenden Abschottungspolitik beinahe unmöglich, weshalb die Marokkaner jetzt über die Balkan-Route kommen. Die marokkanische Regierung geht zudem sehr konsequent gegen afrikanische Migranten, die nach Europa wollen, vor. Eine Einwanderungswelle nach Europa wäre dennoch denkbar, weil bereits fast drei Millionen Marokkaner in Europa leben. Sie könnten Verwandte und Freunde über bestehende Kontakte nachziehen.

Vor den Toren Europas dürften also insgesamt 15 bis 20 Millionen Menschen leben, die mit dem Gedanken spielen könnten, nach Europa auszuwandern.

(Auszug aus einem Artikel von einwanderungskritik.de, auf dem auch die Verweise zu den genannten Zahlen zu finden sind)

Die Völkerwanderung Richtung Europa wird nie wieder aufhören. Alleine in Afrika wird sich aufgrund einer völlig verantwortungslosen und selbstverschuldeten Bevölkerungsexplosion bis zum Jahr 2100 die Bevölkerung des Kontinents auf 4,4 Milliarden von heute an nahezu vervierfachen. Gemäß Umfragen möchten sich 38 Prozent der Afrikaner in Europa ansiedeln, so dass sich die Europäer auf über eine Milliarde neuer Mitbürger alleine aus Afrika freuen dürfen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den PI-Artikel „Was ist ein Völkermord gemäss UN-Definition“.